

sind die Grünen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/15127 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

**7 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/14941

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD spricht der Kollege Dr. Maelzer.

**Dr. Dennis Maelzer** (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die UN-Kinderrechtskonvention gesteht Kindern und Jugendlichen ein Recht auf Beteiligung zu. Ihre Interessen, ihre Vorstellungen sollen in Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Dieses Recht gilt auch in Krisenzeiten.

Die vergangenen Wochen und Monate der Coronapandemie haben uns allen aber vor Augen geführt, wie wenig diese Zusagen im Ernstfall wert sind. So fühlten sich seit dem zweiten Lockdown über 90 % der jungen Menschen nicht wirklich gehört. Gut 58 % von ihnen gingen davon aus, dass ihre Situation für die Politik kaum eine Rolle spielt.

Das ist nicht nur ein Gefühl, sondern die Realität. Wir konnten dies gestern bei der Fortschreibung der Pandemischen Leitlinien beobachten. Jede Maßnahme, die Geld gekostet, aber mehr Schutz für junge Menschen bedeutet hätte, wurde von Ihnen abgelehnt.

Und natürlich wurden Schülerinnen und Schüler nicht bei der Erarbeitung der Quarantäneregeln gefragt. Herausgekommen ist eine Regelung, die die Landesschüler\*innenvertretung als absolut fahrlässig bezeichnet.

Junge Menschen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Ihre Stimme sollte gehört werden – auch und gerade in Krisenzeiten.

(Beifall von der SPD)

Deshalb hatten wir Ihnen bereits im Frühjahr vorgeschlagen, einen Kinder- und Jugendgipfel ins Leben zu rufen, in dessen Rahmen junge Menschen selbst zu Wort kommen. Sie haben das mit Ihrer Mehrheit abgelehnt.

Wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene später auf die Zeit der Pandemie zurückblicken werden, wird eine Erkenntnis bleiben: Während sie sich solidarisch und verantwortungsvoll gegenüber Älteren und Schutzbedürftigen verhalten haben, wurden

ihre speziellen Bedürfnisse in der Pandemie systematisch übergangen. Ich sage Ihnen: Diese Erfahrung dürfte für viele ebenso frustrierend sein wie die Einschränkungen, die die Coronapandemie mit sich gebracht hat.

Nicht nur wegen dieser Erfahrung wird man am Ende sagen müssen: Fünf Jahre Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen waren fünf verlorene Jahre für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall von der SPD)

Besonders schmerzlich ist dies, weil es nicht hätte sein müssen. Erst vor wenigen Jahren hatten sich die demokratischen Fraktionen in diesem Hause in die Hand versprochen, in dieser Legislaturperiode gemeinsam die Weichen für eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik in unserem Land zu stellen. Diesen Weg wollten wir gemeinsam mit den Jugendverbänden gehen. So war die Theorie.

In der Praxis sah es so aus, dass CDU und FDP permanent verzögert und verschoben haben. Es gab einen kurzen Moment der Hoffnung, als bei der Fachtagung des Landesjugendrings freundlich zu den Vorschlägen für eine Jugendstrategie für Nordrhein-Westfalen genickt wurde. Später wurde im Landtag jede Zusage, jedes Einverständnis wieder einkassiert. Das war und ist kein Dialog auf Augenhöhe mit den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Stattdessen werfen Sie immer wieder das Schlagwort „Jugendparlament“ in den Raum. Es ist aber eben nur ein Schlagwort, ein Spiegelstrich im Koalitionsvertrag, den es abzuhaken gilt. In einer Landtagsitzung haben Sie zu später Stunde Ihr Ansinnen durchgepeitscht, ohne Fachdebatte, ohne Anhörung und Beteiligung junger Menschen und – das schlägt dem Fass den Boden aus – ohne jegliches Konzept.

Weil Sie selbst keine Idee hatten, wie ein Jugendparlament aussehen könnte, haben Sie das Thema einfach an den Landtagspräsidenten abgeschoben. Dort steht es jetzt auf einer umfangreichen To-do-Liste. Und ich sage Ihnen voraus: Dort wird es lange bleiben. Wir werden in dieser Legislaturperiode nichts mehr dazu erleben.

Aber nicht nur beim Thema „Jugendbeteiligung“ stehen Sie komplett blank da. Sie haben das fraktionsübergreifende Vorgehen aufgekündigt und gleichzeitig die gesamte jugendpolitisch engagierte Szene vor den Kopf gestoßen. Der Landesjugendring schrieb:

„Nun gibt es einen Antrag, über den wir nicht informiert wurden und der uns, freundlich gesagt, stark irritiert. Der Antrag fordert keine umfassende und krisensichere Jugendbeteiligung, sondern eine konkrete Maßnahme.“

Der Antrag fordert nur eine Maßnahme, möchte man sagen, und die ist auch noch umstritten. Auf der Ju-

gendverbandsseite wird die Sorge geäußert, dass damit eben keine breite und niedrigschwellige Beteiligung verankert wird, sondern dass es eher als Placebo dient.

Angesichts Ihrer Bilanz musste ich nun viel Zeit darauf verwenden, darüber zu reden, wie Jugendbeteiligung nicht funktioniert. Ich möchte aber viel lieber darüber sprechen, was wir in Zukunft brauchen, um eine Kinder- und Jugendstrategie für Nordrhein-Westfalen mit Leben zu füllen.

Unser Antrag benennt dafür 15 Forderungen, die Vorschläge für konkrete Instrumente, Umsetzungs-ideen und Gesetzgebungsvorhaben beinhalten.

Doch der allererste Schritt ist nicht eine Frage von Gesetzen und Verordnungen. Es geht um die Haltung, die wir Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegenbringen. Der allererste Schritt ist es, sich für die Ideen der jungen Menschen zu interessieren und sie ernst zu nehmen.

Darum haben wir das getan, was Sie tunlichst unterlassen wollten. Wir haben einen Kinder- und Jugendgipfel veranstaltet und mit jungen Menschen diskutiert. Wir bringen auf diesem Weg ihre Vorschläge in den Landtag ein. Denn wer echte Jugendbeteiligung will, der muss auch immer ein Stück seiner Macht abgeben.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Genauso muss auch eine Kinder- und Jugendstrategie des Landes entwickelt werden. Sie soll mit Kindern, mit Jugendlichen, mit jungen Erwachsenen gemeinschaftlich erarbeitet und umgesetzt werden. Es wäre hilfreich, wenn sich in diesem Prozess nicht die Politik den Hut aufsetzen würde, sondern wir ihn neutral und wissenschaftlich begleiten lassen würden.

Und ja, zu einer einmischenden Jugendpolitik gehört auch die Absenkung des Wahlalters. Gesellschaftlich sind junge Menschen noch immer unterrepräsentiert. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre würde dem entgegenwirken.

Eigentlich hätten wir dafür in diesem Parlament auch eine Mehrheit.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Die FDP will das auch!)

Seit Jahren erklärt uns die FDP, dass sie eine Wahlalterabsenkung eigentlich gut fände.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD] und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Aber wenn es heißt, Butter bei die Fische,

(Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

dann bleiben die Finger der FDP immer unten.

(Beifall von der SPD)

Liebe FDP, befreien Sie sich endlich aus den Fesseln der Union. Das wäre mal eine Entfesselungspolitik, von der junge Menschen wirklich profitieren würden.

(Thomas Nückel [FDP]: Das war im Bundestag schon!)

Eigenständige Kinder- und Jugendpolitik heißt ...

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der FDP.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Ja, gerne.

**Präsident André Kuper:** Kollege Brockmeier.

**Alexander Brockmeier\*** (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Herr Maelzer, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

FDP und Grüne haben im Mai dieses Jahres im Bundestag die Wahlrechtsabsenkung auf 16 Jahre gefordert. Da hat die SPD auch nicht zugestimmt. Können Sie uns das erklären?

(Zurufe von der FDP)

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Ja, das kann ich erklären. In der Tat sind wir dabei, uns aus den Fesseln der Union zu befreien, weil wir das wollen. Sie wollen lieber drinbleiben. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Der Witz in Nordrhein-Westfalen ist ja: Sie begeben sich sogar in die Leibeigenschaft der Union, wenn Sie noch nicht mal regieren. Wir hätten in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam die Mehrheit gehabt, die Zweidrittelmehrheit, um es in der Verfassung zu verankern. Da hat sich die FDP gegen die jungen Menschen gestellt

(Thomas Nückel [FDP]: Das ist unwahr!)

und lieber mit der Union Politik gemacht. Das ist Ihre Doppelzüngigkeit, die Sie in dieser Frage ständig an den Tag legen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Eigenständige Kinder- und Jugendpolitik heißt, dass sich unsere Prozesse verändern müssen. Das bedeutet auch, dass wir bei uns selbst anfangen müssen. Verbriefte Partizipationsrechte gehören ebenso in unsere Landesverfassung wie in die Geschäftsordnung unseres Parlaments. Sie gehören in die Gemeindeordnung ebenso wie in unsere Kitas und Schulen. Dazu können Instrumente wie „1.000-Stimmen-Befragungen“ oder „100-Kita-Befragungen“ ebenso eingesetzt werden wie Jugendmonitorings.

Klar ist aber: Echte Jugendbeteiligung wird nur als Querschnittsaufgabe funktionieren und nur dann, wenn sie strukturell, krisenfest und verbindlich verankert ist. Dazu müssen wir bereit sein, Zeit und Ressourcen zu investieren. Das gilt in unseren Kitas, das gilt in unseren Schulen, das gilt aber auch für die Ressorts der Landesregierung.

Darum wollen wir einen Kinder- und Jugendcheck einführen. Das heißt, in allen Ministerien muss eine verbindliche Gesetzesfolgenabschätzung stattfinden, um sicherzustellen, dass die Belange junger Menschen von Beginn an mitbedacht werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns auf der Basis dieses Antrags wieder in einen fraktionsübergreifenden Dialog eintreten. Lassen Sie uns aber mehr noch wieder den Kontakt zu den Jugendverbänden und den jungen Menschen in diesem Land suchen. Lassen Sie uns neue Brücken bauen, nachdem Sie zuvor unnötigerweise Brücken eingerissen haben.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Kamieth.

**Jens Kamieth (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es hier immer wieder, und ich sage es gerne, weil es wahr ist: Seit der Regierungsübernahme von CDU und FDP stehen Familien, Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt unserer Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen,

(Widerspruch von Josefine Paul [GRÜNE])

im Mittelpunkt der Arbeit dieser Landesregierung, im Mittelpunkt der NRW-Koalition aus CDU und FDP.

Ich will auch ganz deutlich sagen: Dafür, dass das so ist, dass wir den Bereich der Förderung und Unterstützung unserer Familien, Kinder und Jugendlichen in NRW und all der Tausenden, die hierfür arbeiten und sich engagieren, so spürbar vorangebracht haben, bin ich unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet, unserem Familienminister Dr. Joachim Stamp und natürlich auch dem Finanzminister Lutz Lienenkämper äußerst dankbar.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ich bin dankbar dafür, dass sie seit Tag eins der Regierungsübernahme gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP die Rahmenbedingungen für unsere Familien, Kinder und Jugendlichen verbessert haben – indem wir inhaltlich die Politik der Familien, Kinder und Jugendlichen weiterentwickelt haben, indem wir aber auch die notwendigen finanziellen Mittel in die Hand genommen

haben, um der Weiterentwicklung unserer Politik für Familien, Kinder und Jugendliche das notwendige finanzielle Rückgrat zu geben.

Die Familien, Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen wissen: Auf diese Landesregierung, auf diese NRW-Koalition aus CDU und FDP ist Verlass, wenn es darum geht, die Bedürfnisse in den Mittelpunkt zu rücken, wenn es darum geht, Politik vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall von der CDU)

Politik vom Kopf auf die Füße stellen zu können und die Dinge verbindlich und verlässlich in die Praxis zu bringen, ist übrigens ein wichtiges Abgrenzungsmerkmal dieser Koalition und dieser Landesregierung zu den früheren. Zur Verdeutlichung nenne ich drei Beispiele: das KiBiz, der Kinder- und Jugendförderplan und das Landesjugendparlament.

Beispiel eins: die Reform des Kinderbildungsgesetzes. Diese Landesregierung und die NRW-Koalition aus CDU und FDP haben das System der frühkindlichen Bildung zukunftsfest neu aufgestellt.

Zukunftsfest, weil seit der KiBiz-Reform jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich aus Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln in unser System der Kindertagesbetreuung fließen.

Zukunftsfest, weil wir mit der Kitaplatzausbaugarantie den Bremsklotz unzureichender Investitionsmittel aus dem Weg geräumt haben und jetzt endlich nach Bedarf ausgebaut werden kann.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Genau! Darum habt ihr die niedrigsten Quoten seit Jahren!)

Zukunftsfest, weil wir die Herausforderungen des Fachkräftemangels angehen, mehr Qualifizierung finanzieren und mehr Flexibilität ins System bringen, damit beides, Familie und Beruf, zusammen funktionieren.

Zukunftsfest aber auch, weil das neue KiBiz den Geist von Demokratie und Partizipation von Anfang an atmet. Unsere Kleinen und Kleinsten sollen altersgerecht in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und lernen, sich einzubringen. Das neue KiBiz schafft die verbindlichen Voraussetzungen dafür. Darauf bin ich sehr stolz.

Beispiel zwei: unser Kinder- und Jugendförderplan. Diese Landesregierung und diese NRW-Koalition aus CDU und FDP haben den Kinder- und Jugendförderplan inhaltlich und finanziell weit, weit nach vorne gebracht. Ganz praktisch bedeutet das: Wir haben die Förderbereiche inhaltlich neu aufgestellt und gestrafft, wir haben entbürokratisiert und das Antragsverfahren vereinfacht, wir haben Fördermöglichkeiten und Förderzeiträume entlang der Vorschläge aus der Praxis verbessert, und wir haben den Kinder- und Jugendförderplan in einem ersten

Schritt von, nein, um 10 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro erhöht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Von 10 Millionen auf 120? Das glaubt ihr doch selber nicht!)

– Um 10 auf 120 Millionen Euro.

Vor allem: Mit der neuen Dynamisierung haben wir Verlässlichkeit und Verbindlichkeit in die Fördersystematik gebracht. Für die Praxis heißt das: Alleine im Haushaltsjahr 2022 wächst der Ansatz des Kinder- und Jugendförderplans laut Plan um weitere 3,4 Millionen Euro auf dann 132,2 Millionen Euro.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dr. Werner Pfeil [FDP])

Meine Damen und Herren, diese 132 Millionen Euro stehen all den Akteuren, Menschen zur Verfügung, die sich in ihrer täglichen Arbeit für eine einmischende Jugendpolitik engagieren, diejenigen, die die Bedürfnisse der jungen Generation artikulieren und in den demokratischen Prozess einbringen, und zwar vor Ort und auf der Landesebene.

Ich sage allen, die sich hier engagieren, ein ganz, ganz herzliches Dankeschön.

Der Kinder- und Jugendförderplan, seine inhaltliche Ausrichtung und seine finanzielle Ausstattung stehen für das Bekenntnis dieser Landesregierung und der NRW-Koalition zu einer inhaltlich klar ausgerichteten Kinder- und Jugendpolitik. Dieser Landesjugendförderplan steht für ein Bekenntnis zur Arbeit für und mit unseren Kindern und Jugendlichen. Er steht für Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und für Wertschätzung. Das, meine Damen und Herren, ist bei den Akteuren in der Fachwelt auch völlig unumstritten.

Ich kann deshalb nur den Kopf schütteln, wenn hier so getan wird, als müsste das Rad neu erfunden werden, als läge hier ein Bereich brach, als müssten wir bei null starten. Was für ein Unsinn!

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Verbesserungen gerne, Weiterentwicklung immer, aber wenn wir uns jetzt hier selbst bescheinigen sollten, wir seien ohne inhaltlichen Plan, ohne solides finanzielles Fundament, ohne Einbindung derer, die es betrifft, unterwegs,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ja! Genau! So langsam kommt er auf den Punkt!)

dann landet der ungelenke Tritt, der uns treffen soll, und zwar vorm Schienbein, genau im Schritt der Sozialdemokratie. Aua!

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

So negieren Sie hier das, worauf wir bei Regierungsübernahme tatsächlich aufgebaut haben. Die Logik

dessen müssen Sie sich bitte erst mal selbst erklären, wenn der Schmerz nachgelassen hat.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung und diese NRW-Koalition aus CDU und FDP stehen nicht nur für Demokratie und Partizipation von Anfang an – ich erinnere gerne noch einmal an das KiBiz –, diese NRW-Koalition aus CDU und FDP steht auch für eine inhaltlich klar ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik, für die verbindliche und verlässliche Förderung von Projekten und Strukturen der Kinder- und Jugendverbandsarbeit, für die Förderung einer einmischenden und selbstbewussten Jugendpolitik,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Echt?)

für die Einbindung aller relevanten Akteure in den Prozess der demokratischen Willensbildung.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Und warum kriegen die das nicht mit?)

So war es, so ist es, und so wird es auch bleiben, wenn CDU und FDP weiter in Verantwortung für dieses Land bleiben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Gott bewahre!)

Darauf können sich die Menschen in unserem Land und vor allen Dingen die Kinder und Jugendlichen verlassen.

Beispiel drei: das Landesjugendparlament. Sie haben es angesprochen, Herr Kollege Dr. Maelzer. Halten wir einmal Folgendes fest, weil es Fakt ist: Das von CDU und FDP im Koalitionsvertrag der jungen Generation versprochene unabhängige und frei gewählte Jugendparlament wird kommen. Mit dem von uns gewählten Verfahren der Verwirklichung garantieren wir im Übrigen, dass es tatsächlich frei und unabhängig sein wird, und zwar von Anfang an.

Jetzt wird unter Einbindung der von Ihnen geforderten wissenschaftlichen und auch rechtlichen Expertise ein Konzept erarbeitet, und es wird die Möglichkeit geben, dazu Input zu liefern. Dann geht es an die Umsetzung.

Damit geben wir den jungen Menschen ein weiteres Forum und ein weiteres Instrument an die Hand, einmischende Politik der nächsten Generation zu gestalten. Auch darauf bin ich stolz, und ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Freien Demokraten dafür, dass wir es geschafft haben, auch diesen Punkt in gutem Teamwork zu einem Ende zu bringen und ein weiteres Versprechen gegenüber der nächsten Generation einzuhalten.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Oh Mann!)

Meine Damen und Herren, ich habe an den Beispielen des neuen Kinderbildungsgesetzes, des Kinderjugendförderplanes und des Jugendparlaments das Bekenntnis dieser Landesregierung und der NRW-Koalition bestehend aus CDU und FDP für eine klar

orientierte, solide finanzierte Politik für unsere Familien, Kinder und Jugendlichen deutlich gemacht.

Der Beschlussteil des SPD-Antrages ist in Abgrenzung dazu so bekömmlich wie eine Tasse dünner kalter Kaffee, und nach dessen Lektüre fühlt man sich, als hätte man aus Versehen daran genippt. Tatsächlich zeugt der familien- und jugendpolitische Kaffeesatz der Sozialdemokratie, in den man danach blickt, von konfusem Kopfschmerzpotenzial. Das ist keiner Familie und keinem jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen zuzumuten, weder jetzt noch in Zukunft.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist schön! Das werden wir den ganzen jungen Menschen schicken, die daran mitgearbeitet haben!)

Die Politik für Familien, Kinder und Jugendliche ist bei dieser Landesregierung, ist bei der NRW-Koalition bestehend aus CDU und FDP in den besseren Händen. Wir arbeiten dafür, dass das so bleibt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall bei der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP spricht der Abgeordnete Herr Brockmeier.

**Alexander Brockmeier\*** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war gerade eine bezeichnende Rede von Herrn Maelzer, aber darauf gehe ich gleich noch intensiver ein.

Vorweg will ich sagen, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein sehr wichtiges Thema ist und jede Diskussion, die wir hier im Parlament führen, auch gewinnbringend ist. Deswegen bin ich dankbar für den Antrag. So können wir nicht nur über Partizipation reden, sondern auch die Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und dieser NRW-Landesregierung herausarbeiten.

Es ist richtig, dass sich junge Menschen nicht genug gehört fühlen. 90 % – Herr Maelzer, das hatten Sie gerade gesagt – fühlen sich nicht ausreichend wahrgenommen und gehört, und das übrigens unabhängig von der Ebene. Egal, ob kommunale Ebene, Landesebene oder Bundesebene, es ist ein grundlegendes Problem. Das rührt vor allem daher, dass sich die Lebenswelt junger Menschen ständig verändert und politische Prozesse sich nicht ausreichend daran anpassen. Wir müssen immer wieder neu darüber diskutieren, wie wir junge Menschen aktiv in unsere Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, sicherzustellen, dass sie in unseren Beratungen gehört und krisenfeste Instrumente geschaffen werden. Unsere Antwort darauf ist als ein Baustein – wichtig: als Baustein – das

Landesjugendparlament, nach schottischem Vorbild ein direkt und frei gewähltes Jugendparlament.

Aus vielerlei Gründen – darüber haben wir in dieser Runde schon intensiv diskutiert – will ich ein, zwei Punkte aufgreifen. Aktuell erleben wir doch, dass jugendrelevante Themen häufig im Familienausschuss diskutiert werden, aber eben nur im Familienausschuss. Wenn es beispielsweise um Mobilität, auch um Klimaschutz und andere Themen geht, dann verlässt dies nicht die Grenzen des Familienausschusses.

Wir brauchen ein Instrument, mit dem wir die Grenzen der Ausschüsse durchbrechen und viele junge Menschen einbeziehen. Wir müssen Strukturen schaffen, die auch im Parlament wahrgenommen werden. Die Vorschläge, die ich in Ihrem Antrag gelesen habe, führen nicht dazu, dass junge Menschen hier aktiv gehört werden. Dazu spreche ich gleich noch zwei Beispiele an.

Unser Ansatz ist, möglichst viele junge Menschen zu erreichen, und zwar nach schottischem Vorbild. Da ist es gelungen. Vermeintliche Minderheiten, die es gibt, werden im schottischen Jugendparlament beispielsweise überrepräsentativ vertreten.

Ich habe gesagt, das Jugendparlament ist nur ein wichtiger Baustein, aber wir haben noch viele weitere Formen der Partizipation. Herr ... der Kollege der CDU hat es gerade auch schon erklärt.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Kamieth heißt der!)

– Kamieth. Natürlich weiß ich das. Ich kenne sogar den Vornamen: Jens. Wir duzen uns sogar.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aber den Namen muss man sich nicht merken!)

Was ich sagen will, ist: Sie tun so, als gäbe es gar keine Beteiligungsformen. Das ist nicht der Fall. Damit diskreditieren Sie das, was es derzeit schon gibt. Wir haben vor Ort sehr viele Beteiligungsformate. Über 100 Jugend- und Gemeindeparlamente in Nordrhein-Westfalen haben Sie einfach so mit einem Federstrich ignoriert.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich habe über Ihre Politik gesprochen, nicht über die der Jugend!)

Das spricht eher dafür – und Ihr Auftritt hier gerade auch –, dass dies eher ein Wahlkampfmanöver ist.

(Beifall von der FDP)

Sie haben nämlich einfach einige Forderungen des Landesjugendrings übernommen, „SPD“ drübergeschrieben und so getan, als ob es Ihre Ideen waren.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wie konnten wir nur!)

Ihre Ideen waren es ganz sicher nicht.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wäre gut, wenn die Landesregierung mitmacht! Wäre eine gute Idee!)

Ich will sagen, dass ich einige Ideen davon sogar gut finde, auch Ideen, die in Ihrem Antrag stehen. Andere allerdings sind wirklich diskussionswürdig, und ich bin noch nicht überzeugt, dass es die richtigen Ideen sind.

Zum Beispiel bei den „1.000-Stimmen-Befragungen“, die Sie aufgenommen haben, stellen sich mir viele offene Fragen. Wer soll bei dieser „1.000-Stimmen-Befragung“ eigentlich befragt werden? Sollen es nur Mitglieder der Verbände sein, wie es der Landesjugendring auch schon vorgeschlagen hat?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nein! Das ist eine repräsentative Befragung!)

Dann, glaube ich, bekommen wir ein ganz schön schiefes Bild.

Wenn es alle Jugendlichen sein sollen, warum geben wir dann nicht einfach Umfragen über bestimmte Meinungsforschungsinstitute in Auftrag? Wer soll am Ende des Tages die Fragen stellen, die dann den jungen Menschen zukommen sollen? Das beantworten Sie in Ihrem Papier nicht.

Gleiche Frage zum Jugendcheck: Welchen Mehrwert soll der am Ende des Tages liefern? Ich habe die Befürchtung, dass der Jugendcheck für unheimlich viel Bürokratie sorgt,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Unbeteiligt ist nicht zu viel Demokratie!)

die Prozesse massiv verlangsamt, aber am Ende des Tages die Entscheidungen nicht beeinflusst. Wir brauchen junge Menschen, die für ihre Meinung eintreten, und nicht irgendwelche Papiertiger, die dann in Aktenbergen verschwinden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Maelzer, Sie haben gerade Corona angesprochen und wie diese Landesregierung in der Coronapandemie agiert hat. Da habe ich mich schon sehr gewundert, gerade über Ihre Wahlkampfmanöver in den vergangenen Wochen; ich komme gleich noch auf Herrn Ott zu sprechen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da sagt die Antwort gar nichts!)

Selbstkritisch muss man vorwegsagen: Ja, auch wir haben nicht alles richtig gemacht. Das gilt übrigens bundesweit. So wurden beispielsweise in der ersten Welle die Schulen viel zu schnell geschlossen. Wir haben die Schulen als Erstes geschlossen. Das war vielleicht ein Fehler.

Es ist aber auf keinen Fall so, wie Sie behaupten, dass Kinder und Jugendliche aus dem Fokus geraten sind. Das stimmt einfach nicht. Wenn Sie die Akteure

fragen, dann sind sie hochzufrieden, wie das MKFFI mit den Jugendverbänden umgegangen ist. Es gab eine wöchentliche Runde, in der man sich über Belange ausgetauscht und schnell und pragmatisch geholfen hat.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Deswegen an dieser Stelle auch der herzliche Dank an das Familienministerium.

(Beifall von der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: 90 % sind nicht zufrieden! – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

– Nehmen Sie gern mal an den Gesprächen teil. Dann werden Sie das mitbekommen.

Dann möchte ich gern noch an eine Debatte im Schulausschuss erinnern, weil Sie ja sagen, Sie setzen sich so für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein. Als wir über die Abiturprüfungen diskutiert haben, da waren die Grünen ganz vorn dabei – Frau Beer ist hier –, mit einer Angstkampagne wirklich für Verunsicherung zu sorgen und den jungen Menschen Angst zu machen, anstatt ihnen in der Coronakrise beiseitezustehen und durch diese schwierige Zeit zu helfen. Da haben Sie sich nicht auf die Seite der jungen Menschen gestellt.

(Beifall von der FDP)

Dann zur SPD: Anstatt dafür zu sorgen, worum sich die Schulministerin tagtäglich kümmert, dass junge Menschen Unterricht und Bildung erfahren, kommt die SPD mit dem Vorschlag daher, wenn ein Kind infiziert ist, die komplette Klasse in Quarantäne zu schicken. Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist aus unserer Sicht keine Frage der Bildungsgerechtigkeit, das sind nur Wahlkampf und Populismus.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Marlies Stotz [SPD]: Sprechen Sie mal zum Thema!)

Im Gegensatz dazu, Stimmung zu machen, haben wir uns mit verschiedenen Programmen um die Interessen der Kinder und Jugendlichen gekümmert. Mit „Extra-Zeit zum Lernen“ und vielen weiteren Unterstützungsmaßnahmen kümmern wir uns um die Interessen der jungen Menschen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Denn wir behaupten nicht einfach und reden nicht einfach irgendwie, sondern fassen an und setzen Dinge dann an der Stelle um.

(Marlies Stotz [SPD]: Sie waren doch bei der Anhörung auch dabei!)

Besonders spannend ist der Punkt, den Sie, Herr Maelzer, gerade angesprochen haben: die Personaloffensive. Dass ausgerechnet Sie das sagen!

(Zurufe)

Egal, ob im Schulbereich oder im Kitabereich: Sie haben sich sieben Jahre lang nicht darum gekümmert und die Augen verschlossen.

Ja, wir regieren seit vier Jahren. Aber wir haben das Ding angepackt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir kümmern uns darum, dass es neue Arbeitsplätze gibt, dass es neue Kita-Erzieherinnen und -Erzieher gibt.

(Marlies Stotz [SPD]: Legen Sie mal eine andere Platte auf!)

Sie wissen genauso wie ich, dass das nicht von heute auf morgen geht. Aber wir gehen das Ding an. Wir verschränken nicht einfach die Arme, sagen nicht „Na ja, wir kriegen es nicht hin“ und verschließen nicht die Augen. Wir öffnen die Augen und kümmern uns darum.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Entschuldigung, Herr Kollege Brockmeier, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Maelzer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Alexander Brockmeier\*** (FDP): Sehr gerne, wenn er mir dann noch einmal das mit dem Wahlalter 16 erklärt.

(Heiterkeit von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Sie haben später die Gelegenheit, zu fragen.

**Alexander Brockmeier\*** (FDP): Nein, er kann so oder so fragen.

**Dr. Dennis Maelzer** (SPD): Ich weiß ja, dass gewisse Redundanz auch zu Lernerfolgen führt. Aber bei der FDP bin ich da nicht so hoffnungsvoll.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

Sie haben eben erklärt, Sie hätten die Personaloffensive so richtig angegangen. Normalerweise freue ich mich dann auf Ihren Werbeslogan „größte Personaloffensive aller Zeiten“. Ich möchte jetzt aber gerne unser Adam-Riese-Verständnis abgleichen.

Als Rot-Grün an die Regierung gekommen ist, hatten wir 2.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen. Sie haben es mit Ihrer größten Offensive seit FDP-Weltgedenken jetzt geschafft, etwas über 400 Kinderpflegerinnen-Aus-

bildungsplätze zu schaffen. Ist in der Gedankenwelt der FDP die Zahl 2.000 niedriger als die Zahl 400?

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

**Alexander Brockmeier\*** (FDP): Vielen Dank, Herr Maelzer, für die Frage. Das gibt mir auch Zeit, weil ich am Ende meiner Redezeit angekommen war, das noch einmal auszuführen und Ihnen zu erklären, was der tatsächliche Unterschied ist.

Ich komme noch einmal auf Ihre sieben Jahre zurück.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: 1.600! – Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] und Josefine Paul [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden. – Ich komme auf die letzten sieben Jahre zurück und darauf, wie Sie das angegangen sind.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Der Kollege Brockmeier hat das Wort.

**Alexander Brockmeier\*** (FDP): Frau Paul, wenn Sie nicht dazwischenrufen würden, könnte ich die Frage gerne beantworten. – Wir haben nicht Flickstückwerk betrieben. Die Kita-Landschaft war am Ende. Die Kita-Landschaft hat gesagt: Wir machen es nicht mehr, und wir haben auch keine Perspektive für neue Erzieherinnen und Erzieher mehr.

(Beifall von der FDP)

Keiner hat sich mehr für den Beruf interessiert. Das hat übrigens auch dazu geführt, dass es immer weniger Bereite gab, die sagten: Ich will Erzieherin oder Erzieher werden.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

Wir haben das geändert. Wir haben dafür gesorgt, dass es eine auskömmliche Finanzierung gibt. Wir haben dafür gesorgt, dass dieser Job wieder attraktiv wird. Wir haben verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen.

Sie wissen genauso wie ich, dass das nicht mal eben so geht. Aber wir haben einiges im PiA-Bereich geändert, und wir haben dafür gesorgt, dass jetzt Stück für Stück immer mehr Erzieherinnen und Erzieher an den Markt kommen. Dass das nicht von heute auf morgen geht, ist völlig selbstverständlich.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die Zahl der Ausbildungsplätze ist bei euch heruntergegangen! Weniger, nicht mehr!)

Das Gleiche haben wir im Übrigen auch im Bildungsbereich gemacht. Wir haben über 1.000 neue Studienplätze geschaffen. Auch da merkt man den Unterschied: Schwarz-Gelb schafft neue Rahmenbedingungen, damit es mehr Personal für den Bildungsbereich gibt – etwas, was Sie nicht geschafft haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das bringt mich noch einmal zum Kinder- und Jugendförderplan. Da haben Sie quasi nichts gemacht, nur ein paar Mittel erhöht, aber lange nicht so viele Strukturmittel zur Verfügung gestellt, dass es da eine auskömmliche Finanzierung gibt.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Das haben wir beispielsweise wiederum geändert.

Auch da gilt, Frau Paul: Wenn man mit den Akteuren spricht, hört man, dass sie mit dem aktuellen Kinder- und Jugendförderplan höchst zufrieden sind.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Die Dynamisierung haben Sie nicht umsetzen können. Wir haben sie verankert, damit es eine verlässliche Finanzierung im System gibt. Das haben wir umgesetzt, nicht Sie.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Alexander Brockmeier**<sup>\*)</sup> (FDP): Zusammenfassend will ich noch sagen: Herr Maelzer hat gerade behauptet, wir hätten in den letzten fünf Jahren immer nur verzögert. Ich habe da einen komplett anderen Eindruck.

(Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben Vorschläge auch zur Jugendbeteiligung gemacht. Die SPD ist immer in den Raum gekommen, hat sich hingesetzt, die Arme verschränkt, nach hinten gelehnt und keinerlei Vorschläge gemacht.

(Zuruf von der SPD: Ach je!)

Wir haben nichts beendet und keine Brücken eingegraben. Sie haben sich einfach geweigert, mitzumachen. Dann haben wir gesagt: Wir setzen es um.

Wir sind auch gerne bereit, noch weitere Maßnahmen mit Ihnen umzusetzen. Deswegen müssen wir auch nirgendwohin zurückkehren, sondern einfach gemeinsam für Jugendpartizipation kämpfen. Ich freue mich, dass es heute schon einmal einen ersten Ansatz eines Vorschlags von Ihrer Seite gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

**Josefine Paul**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Brockmeier, das war ein Feuerwerk an Dingen, die zur Hälfte nicht gestimmt haben und zur anderen Hälfte Behauptungen waren.

Sie haben gerade gesagt, Sie hätten da einen komplett anderen Eindruck. Mein Eindruck ist: Sie sind in einer komplett anderen Realität.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Was Sie hier vorgetragen haben, ist doch eine komplette Wahrnehmungsverschiebung.

Sie haben es selber gesagt: Im SPD-Antrag sind auch Vorschläge aufgenommen, die auch der Landesjugendring gemacht hat. – Ich bilde mir ein, dass beim Landesjugendring Ihre Rede gerade auf nicht ganz so viel Gegenliebe gestoßen ist.

Weil Sie das, was Sie hier vorgetragen haben, bewertet haben – da und da finden Sie es gut –, bekomme ich den Eindruck, dass Sie diese Vorschläge gar nicht ernsthaft diskutieren wollen. Es geht Ihnen darum, paternalistisch über die richtigen Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche zu entscheiden. Das ist aber keine Beteiligung. Das, was Sie hier vorgetragen haben, war ehrlicherweise für eine Freiheitspartei schon ein bisschen merkwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Kamieth, ich habe Ihnen gut zugehört. Sie haben gesagt, dass Kinder, Jugendliche und Familien im Mittelpunkt Ihrer Politik stehen. Ganz ehrlich: Wenn das schon der Mittelpunkt ist, frage ich mich, wie es dann bitte in der Peripherie Ihres politischen Interesses aussieht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kommen wir noch einmal auf das zurück, worum es eigentlich in dieser Debatte gehen sollte. Es sind allerlei Nebelkerzen geworfen worden. Es wurde sich auch wieder ausgiebig selbst gelobt. Nur über das Thema wurde relativ wenig geredet.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber wir müssen tatsächlich zu dieser Diskussion zurückkommen, finde ich; denn wir haben doch eine Verantwortung dafür, dass Kinder und Jugendliche das Vertrauen in Politik nicht verlieren.

Wir haben übrigens auch eine Verantwortung, an die uns Kinder und Jugendliche immer wieder erinnern – hier erwähne ich nur „Fridays for Future“ –, die sehr lautstark einfordern, dass Politik verantwortlich handelt. Das tun sie auch mit höchstrichterlicher Unterstützung; denn auch das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Wir haben eine Verantwortung für künftige Generationen. – Dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden.

Dementsprechend geht es in dieser Debatte auch darum, wie wir Kinder und Jugendliche besser mit in diese Diskussionen und in diese politischen Prozesse einbeziehen können.

Sie haben sich gerade wieder ausgiebig dafür gelobt, wie großartig Ihre Pandemiepolitik gewesen ist. Da muss man doch auch einmal sagen: Kinder und Jugendliche – dafür ist ihnen auch vielfach gedankt worden – haben sich in dieser Krise sehr solidarisch gezeigt. Sie haben große, vielleicht sogar die größten, Einschränkungen hingenommen. Ergangen ist es ihnen allerdings wie denjenigen, denen wir Beifall geklatscht haben, weil sie systemrelevante Berufe haben. Außer Beifall und warmen Worten war von dieser Landesregierung insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien nichts zu erwarten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das gehört doch ebenfalls zur Bilanz dieser Landesregierung, auch wenn Sie sich dafür weiterhin großflächig loben würden. Vielleicht macht das ja auch sonst keiner. Dementsprechend müssen Sie das hier so ausführlich tun. Das sei Ihnen dann ja auch gegönnt.

Meines Erachtens ist es Aufgabe von Politikerinnen und Politikern, insbesondere von denjenigen unter uns, die sich für Kinder- und Jugendpolitik engagieren, dass wir ernsthaft darüber diskutieren und ernsthaft nach Teilnehmungsformaten für Kinder und Jugendliche gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen suchen und diese gemeinsam mit ihnen entwickeln.

Das ist nicht nur ein Almosen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf. Sie haben nach Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht darauf, wahrgenommen, angehört und beteiligt zu werden. Dem wollen wir doch auch Rechnung tragen – zum einen, weil es ihr Recht ist, zum anderen aber auch, weil sie Expertinnen und Experten in eigener Sache sind. Diesen Schatz sollten wir an der Stelle heben und darauf auch zurückgreifen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Demokratie lernt man ja nicht nur aus Büchern. Dementsprechend ist es wichtig, dass wir junge Menschen mit einbeziehen, damit sie demokratische Prozesse erlernen können, damit sie auch eine Selbstwirksamkeitserfahrung mit demokratischen Prozessen haben und damit wir auch eine Verbesserung unserer Demokratie insgesamt erreichen. Mehr Beteiligung bedeutet

auch mehr Demokratie, mehr demokratisches Fundament.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, wir haben gerade schon über den Antrag der regierungstragenden Fraktionen zum Landesjugendparlament gesprochen. Auch darauf sind Sie ja wieder sehr stolz. Herr Kollege Maelzer hat schon darauf hingewiesen, dass der Landesjugendring von diesem Vorstoß, gelinde gesagt, irritiert gewesen ist. Wie kann man denn auf das schmale Brett kommen, ein Landesjugendparlament initiieren zu wollen und das weder mit Jugendlichen noch mit den Jugendverbänden zu besprechen? Wie kann man darauf kommen, dass das dann eine gute Idee ist, wenn es um Jugendbeteiligung geht?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Herr Hafke, Sie können sich auch weiter darüber aufregen. Aber aufgeregt hat sich vor allem auch der Landesjugendring, und zwar darüber, dass er in dieser Art und Weise überfahren wurde.

Sie haben gerade erwähnt, dass Sie damit ein Versprechen einlösen, Herr Kamieth. Ehrlicherweise wollte außer Ihnen noch nie jemand dieses Landesjugendparlament wirklich haben. Sie lösen mit diesem Format ein Versprechen an sich selbst ein, aber doch nicht an die Kinder und Jugendlichen. Daher droht es, eine Scheinbeteiligung zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch die Frage des Wahlalters 16 ist gerade schon diskutiert worden. Die FDP hat sich wieder auf die Schenkel geklopft. Ich weiß gar nicht, warum; ich weiß gar nicht, woher Ihre Heiterkeit bei diesem Thema rührt. Ich finde es ein bisschen peinlich, dass Sie es nicht geschafft haben, obwohl es Ihre Beschlusslage ist, sich tatsächlich mit uns auf ein Wahlalter 16 zu verständigen. Wie man dabei noch im Brustton der Überzeugung sagen kann, dass man auf dem richtigen Wege sei, müssen Sie mir auch erst einmal erklären.

Aber wir bleiben dabei: Wir brauchen das Wahlalter 16 auf Bundesebene und auf Landesebene. Denn nicht zuletzt diese Pandemie hat gezeigt: Kinder und Jugendliche haben eine Stimme verdient, und die Politik braucht ihre Stimme.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Pandemie hat auch gezeigt, dass Politik und Regierungshandeln unmittelbar Auswirkungen haben. Sie haben unterschiedliche Auswirkungen auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und damit natürlich auch auf Kinder und Jugendliche. Dementsprechend ist es doch nur sinnvoll, wie es der Landesjugendring im Übrigen auch schon seit Jahren fordert, Gesetzesvorhaben, Maßnahmen der Landesregierung etc. einem Kinder-und-Jugend-Check

zu unterziehen, um genau das im Rahmen einer Gesetzesfolgenabschätzung bereits vorher mit in Rechnung zu stellen.

Genau dies fordert der Landejugendring ein. Das ist auch im Antrag der SPD aufgenommen. Aber nichtsdestotrotz sind das doch die Dinge, über die wir tatsächlich diskutieren müssen.

Das gilt auch für die Frage, wie wir beispielsweise in den Kommunen Jugendbeteiligung verbindlicher gestalten können. Wir müssen in der Gemeindeordnung dazu kommen, dass die Jugendbeteiligung, die dort schon verankert ist, noch verbindlicher ausgestaltet und weiter gestärkt wird; denn vor Ort ist es doch, wo Kinder und Jugendliche ihre Lebenswelt mitgestalten und mitgestalten wollen. Daher wäre das ein sehr konkreter Beitrag, die Jugendbeteiligung vor Ort zu stärken.

Am Ende ist es meiner Meinung nach wichtig, dass wir wieder an einen Tisch zurückkommen. Herr Kollege Brockmeier, ich habe durchaus den Eindruck, dass es in erster Linie die regierungstragenden Fraktionen gewesen sind, die immer mit dem gleichen Vorschlag gekommen sind. Sie haben immer gesagt, dass Sie ein Landesjugendparlament wollen. Wir haben immer wieder Fragen gestellt, wie Sie diese und jene Dinge umsetzen wollen. Sie haben diese Fragen nie beantwortet. Sie haben sie bis heute nicht beantwortet. Deshalb hat jetzt der Präsident das Landesjugendparlament sozusagen am Hals und kann für Sie das Konzept entwickeln, weil Sie keine Antworten gefunden haben. Das waren Teile der Gespräche. Ich finde das sehr schade.

Der Landesjugendring ist dann auf uns als Fraktion zugegangen und hat uns gefragt, ob wir nicht gemeinsam darüber sprechen wollen. Wir sollten noch einmal alle an einen Tisch holen, um über eine Landesjugendstrategie zu reden. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist. Wir können über Jugendbeteiligung nur mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam sprechen. Wir brauchen eine ganzheitliche Strategie.

Wir brauchen aber nicht nur die Diskussion und vielleicht auch den Streit unter uns, sondern vor allem auch den Dialog mit den Jugendverbänden und mit den Kindern und Jugendlichen. Das wäre ein sinnvoller Weg. Das Landesjugendparlament ist da, glaube ich, eher der Holzweg.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Dworeck-Danielowski.

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD hat eine neue Diskriminierungsform entdeckt: den Adulthood. Wenn Sie sich jetzt fragen,

was sich dahinter verbirgt, helfe ich Ihnen gerne auf die Sprünge. Die Adulthood-Theorie kritisiert das ungleiche Machtverhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern, das zu Unterdrückung und Diskriminierung von jüngeren Menschen führt. Wer zu einem Kind etwas wie „Räum gefälligst deine Jacke weg“ sagt, kommuniziert mit dieser Formulierung auch, dass er die Macht hat, über das Kind bestimmen zu dürfen – so der Deutschlandfunk. Dem muss natürlich Abhilfe geschaffen werden – frei nach Gröne-meyer: „Kinder an die Macht“.

Sie beschreiben in Ihrem Antrag einige richtige Umstände – zum Beispiel, dass Kinder ihrem Alter und ihrer Reife entsprechend angemessen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollten.

Ebenfalls richtig ist, dass Kinder eine schutzbedürftige Gruppe sind, für die Erwachsene eine Art Anwaltschaft übernehmen müssen.

Kinder brauchen Geborgenheit, Anerkennung, Selbstentfaltung etc. – alles richtig.

Sicherheit, Kontinuität, stabile Beziehungen, bindungsfähige Betreuungspersonen – da sind wir absolut d'accord.

Was die Beschreibung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen betrifft, stimmen wir mit Ihnen also absolut überein.

Wir fragen uns nur: Wie passen Ihre Forderungen und Ihre Vorstellungen von Familienpolitik mit diesen Erkenntnissen überein?

Wenn es Ihnen so wichtig ist, Kinder mit einzubeziehen und ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen, dann fragen Sie doch einmal ein 18 Monate altes Kind, was es denn lieber machen würde: zu Hause bei Mama oder Papa bleiben oder von 8 bis 16 Uhr in die Kita gehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Ja, Sie raunen „Oh!“. Aber Sie sprechen über die Bedürfnisse von Kindern, und Sie möchten Kinder und Jugendliche beteiligen. Dann fangen Sie da doch einmal an.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Also wirklich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Dann fragen Sie doch einmal die vielen Einzelkinder, ob sie nicht auch gerne ein Geschwisterchen hätten, damit sie nicht das einzige Kind zu Hause wären und immer jemanden zum Spielen, Streiten und Versöhnen hätten.

Es ist völlig richtig: Die Bedürfnisse von Kindern müssen sich mittlerweile fast von der Geburt an den Bedürfnissen der Erwachsenenwelt unterordnen. Sie bemerken zu Recht, dass die Gruppe junger Menschen einen erschreckend kleinen Anteil an unserer Bevölkerung ausmacht. Dementsprechend kinder-

und jugendfeindlich ist auch unsere Gesellschaft. Da gebe ich Ihnen völlig recht.

Aber wer hat denn ganz maßgeblich mit zu einem Klima beigetragen, in dem in bester Mein-Bauch-gehört-mir-Manier die Mutterschaft nur noch als Handicap und nicht als Geschenk angesehen wird?

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen fallen keinem Adultismus zum Opfer. Sie werden täglich in erster Linie der Gleichstellungspolitik geopfert – und diese, meine lieben Kollegen von der SPD, wurde insbesondere von Ihnen vorangetrieben.

Darüber hinaus muss man sich schon wundern, wenn Sie sich in Ihrem Antrag seitenweise über die in der Tat bedrückenden Auswirkungen der Coronapolitik und der Schutzmaßnahmen auf unsere Kinder und Jugendlichen beklagen.

(Zuruf von der SPD)

Aber seit Beginn der Coronazeit spielt doch insbesondere Ihre Fraktion auch im Familienausschuss immer wieder den Bremsklotz. Jede vernünftige Maßnahme in Richtung Normalität für die Kinder war Ihnen zu schnell, zu unbedacht, würde Kinder und Personal einer erhöhten Infektionsgefahr aussetzen usw. Ihnen konnte das doch alles gar nicht restriktiv genug sein.

Und jetzt spielen Sie sich als Anwalt für die jungen Menschen auf, die in der Coronazeit nicht berücksichtigt wurden! Das ist ja wohl ein schlechter Scherz.

Wir haben mehrere Anträge eingereicht, die im Rahmen der Coronazeit ganz klar die Bedürfnisse von Kindern und Familien im Fokus hatten, um Kindern ein weitestgehend normales Leben und Aufwachsen zu ermöglichen. Ich kann mich nicht an Ihre Zustimmung erinnern.

Wenn wir die Bedürfnisse von Kindern in den Blick nehmen wollen, ist das in der Tat eine Querschnittsaufgabe. Nur sehen wir den Lösungsweg ganz anders als Sie.

Was wir nicht brauchen, ist eine landesweite Kinder- und Jugendstrategie, um diese dann im Verwaltungsapparat aufzuhängen, wie es im Forderungsteil heißt. Die Frage ist: Was meinen Sie denn überhaupt, wenn Sie wieder von Kinder- und Jugendbeteiligung und Jugendpolitik reden? Sie meinen natürlich die Verbände: Landesjugendring, Ring politischer Jugend, Landesschülervertretung, Jugendbeiräte, Jugendparlamente etc.

Wer engagiert sich denn da? Sie führen in Ihrem Beschreibungsteil richtig aus, dass ein sehr hoher Anteil von Kindern in prekären Verhältnissen aufwächst, dass ein sehr hoher Anteil von Kindern in Armut aufwächst. Diese Kinder engagieren sich traditionell nicht in diesen Verbänden. Die erreichen Sie doch

überhaupt nicht mit Ihrem Versuch, dass Kinder und Jugendliche sich einmischen sollen.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Daher sehen wir es so, dass Sie das Pferd von der falschen Seite aufzäumen. Wir sind davon überzeugt, dass erst einmal die Basis stimmen muss. Wenn Kinder und Jugendliche mehr gehört werden sollen, muss sich erst einmal ihre Lebenssituation dramatisch verbessern.

Da sehen wir erst einmal den Familienlastenausgleich, bezahlbaren Wohnraum für Familien, damit auch jedes Kind ein eigenes Zimmer hat, echte Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung – das entspricht dann auch eher den Bedürfnissen von Kleinkindern – und dadurch freie Ressourcen in der Fremdbetreuung – dann haben wir auch eine bessere Qualität in der Fremdbetreuung; dann haben wir auch das Personal dafür, dass wir gerne auch schon in der Kita Kinderparlamente einrichten können – und Erleichterungen für werdende Eltern, damit Kinder keine kleine diskriminierte Gruppe bleiben, sondern einfach wieder zur Normalität in unserer Gesellschaft gehören, damit Jugendliche nicht nur irgendwie als Randerscheinung nerven, wenn sie irgendwo sitzen, sondern es völlig selbstverständlich ist, dass Kinder und Jugendliche zu unserer Gesellschaft gehören.

Kinder brauchen dann auch mal wieder freie Zeit, statt zwischen 17 und 18 Uhr völlig fertig nach Hause zu kommen. Im Übrigen: Die Kinder, die jetzt noch unter G8 leiden – wie unsere Nachbarjungen, die jetzt 15 Jahre alt sind –, sind teilweise abends um 19 Uhr noch nicht mit ihrem Programm fertig. Wo haben die denn noch Selbstbestimmung und die Möglichkeit, ihre Freizeit zu gestalten? Kinder brauchen auch echte freie Zeit – auch mittags mal Freizeit und Freizeit bis in die Abendstunden – und nicht immer nur betreute Freizeit.

Dann braucht man natürlich auch öffentliche Räume, in denen man sich sicher und frei aufhalten kann und keine Angst haben muss.

Sie brauchen natürlich auch verantwortungsvolle und liebevolle Erwachsene an ihrer Seite, die Schutzpatron, Anwalt und Freund sind. Aber dazu gehört eben auch, manchmal über Kinder zu bestimmen – alles dem Alter und der Reife entsprechend.

Da unterscheiden wir uns nun einmal. Wir engagieren uns nicht für Kinder- und Jugendpolitik, sondern für Kinder und Jugendliche.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Beratung im Ausschuss. – Danke.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dworeck-Danielowski. – Für die Lan-

desregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp**, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ganz kurz vorweg, weil das eben angesprochen worden ist, zum pädagogischen Personal bei uns in der frühkindlichen Bildung: 2017 110.000, 2021 124.000. – Ich glaube, das reicht als Basisinformation.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kinder und Jugendliche stärker an gesellschaftlichen und politischen Diskussionen und Prozessen zu beteiligen, ist mir, ist unserer Landesregierung sehr wichtig. Deshalb begrüße ich sehr, dass wir heute über dieses Thema im Landtag diskutieren.

Der Antrag der SPD-Fraktion greift eine ganze Reihe richtiger Feststellungen auf, zum Beispiel die Beteiligungsrechte und -erfordernisse junger Menschen, die Betroffenheit junger Menschen durch Maßnahmen des Infektionsschutzes während der Coronapandemie und die Rolle der Lebensphase „Jugend“ sowie die damit verbundenen Erfordernisse an die Gestaltung von jugendlichen Lebenswelten und Beteiligungsprozessen.

Der Antrag vermischt dies jedoch mit unrichtigen und teils überzogenen Bewertungen der tatsächlichen Praxis. So entspricht die Behauptung, es gebe im Land keine systematische Einbeziehung junger Menschen, nicht den rechtlichen Grundlagen und der Praxis in Nordrhein-Westfalen. Es ist im Übrigen, muss ich ganz ehrlich sagen, auch eine ziemliche Beleidigung der Jugendverbände hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Beteiligungsrechte sind beispielsweise im Kinder- und Jugendförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen beschrieben. So sind zum Beispiel Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand von den Jugendämtern in den sie betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig, in geeigneter Form und möglichst umfassend zu unterrichten sowie auf ihre Rechte hinzuweisen.

Die Möglichkeit, Vertretungen und Beauftragte für Jugendliche auf kommunaler Ebene einzurichten, wurde zuletzt 2016 durch eine Erweiterung der Gemeindeordnung NRW in § 27a ausdrücklich klargestellt.

In Nordrhein-Westfalen gibt es weiterhin eine Vielzahl von Kinder- und Jugendgremien in unterschiedlicher Ausgestaltung zur Beteiligung, die sehr wohl eine systematische Einbeziehung junger Menschen darstellen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja!)

Die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen beim LWL-Landesjugendamt geht davon aus, dass aktuell in über 100 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Kinder und Jugendliche bei Jugendthemen mitbestimmen können.

In der Praxis findet in landesweit 80 repräsentativen Kinder- und Jugendparlamenten sowie durch das Mitwirken von Selbstorganisation junger Menschen, zum Beispiel in Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII, aktive Beteiligung statt.

Bezüglich der Folgen der Pandemie für junge Menschen ist unstrittig, dass die Interessen junger Menschen nicht immer vollumfänglich berücksichtigt werden konnten. Wenn die SPD-Fraktion in ihrem Antrag aber zumindest den Eindruck erweckt, dies wäre durch die Gestaltung von Politik vermeidbar gewesen, dann wird dieser Eindruck wider besseres Wissen erzeugt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Im Kern führt der Antrag aus, dass die Bedürfnisse der jungen Menschen – Zitat – „systematisch übergangen“ worden seien.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Weil man nicht mit ihnen gesprochen hat!)

Richtig hingegen ist, dass bei allen durch den Infektionsschutz getriebenen Einschränkungen immer auch die Bedürfnisse junger Menschen mitberücksichtigt wurden. Es wurde dafür Sorge getragen, dass auch während des Lockdowns Angebote gemacht werden konnten und im weiteren Lauf Öffnungsschritte in diesen Bereichen priorisiert wurden. Das war ein Kernanliegen dieser Landesregierung. Wir haben an dieser Stelle mehr ermöglicht als viele andere Bundesländer. Ich bin dafür im Netz und zum Teil auch von Mitgliedern dieses Hauses scharf kritisiert worden. Das wollen wir an dieser Stelle einmal nicht vergessen.

Wir haben dafür Sorge getragen, dass es Angebote geben konnte. Ich möchte hier vor allem den unglaublich vielen Ehrenamtlichen danken, die diese Angebote zum Teil mit großartiger Kreativität vor Ort aufrechterhalten haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zurückhaltend, meine Damen und Herren, wäre ich zudem bei der Erwartung, dass Jugendpolitik durch interministerielle Arbeitsgruppen oder Stabsstellen gesteuert werden kann; denn wir wollen ja genau das – dass sich Beamte oder Verbandsvertreter als Stimme der Jugend ausgeben – eigentlich nicht. Das ist ja geradezu das Gegenteil von, wie Sie es fordern, einmischender Jugendpolitik.

Es sind die Jugendlichen selbst, denen wir eine Stimme geben müssen. Ich bin daher dankbar, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen seinen Willen bekräftigt hat, dass die Jugendbeteiligung in Nordrhein-

Westfalen durch die Schaffung eines Landesjugendparlamentes auf eine neue Stufe gestellt werden soll.

Ich verstehe auch bis heute nicht die Bedenken gegenüber einem solchen Gremium. Wer ist hier denn ernsthaft dagegen, dass Jugendliche ein Sprachrohr erhalten, um ihre Interessen und Bedürfnisse auf Landesebene selbst zu formulieren? Ich bin daher sehr gespannt auf die anstehende Konzeptionierung und die Beiträge der Jugendlichen selbst dazu.

Meine Damen und Herren, uns alle eint in diesem Haus das Ziel, die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu wahren und zu stärken.

(Zuruf von der SPD: Nein, nicht alle!)

Ein derartiger Antrag, der nicht sauber genug zwischen der Beteiligung von Kindern und der Beteiligung von Jugendlichen beim Dialogprozess differenziert, viele Entwicklungen der letzten Jahre schlichtweg ignoriert und schließlich noch als politischer Rundumschlag gegen unsere erfolgreiche Politik in der Kindertagesbetreuung erhalten muss, ist dabei wenig hilfreich.

Es sind genau solche Anträge, die zeigen, warum es so wichtig ist, dass die junge Generation selbst für ihre Interessen einsteht; denn ich bin mir sicher, dass die Jugend selbst einen solchen Antrag in dieser Form niemals formuliert hätte.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Doch! Der ist mit denen geschrieben worden!)

Die NRW-Koalition wird sich weiterhin ernsthaft mit den berechtigten Interessen von Kindern und Jugendlichen befassen und sie zu Gehör kommen lassen. Dazu, daran mitzuarbeiten, lade ich Sie alle gerne auch noch einmal persönlich ein. – Vielen Dank und auf weiter gute Zusammenarbeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Voigt-Küppers das Wort.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Vorweg will ich eines sagen: Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, Herr Minister, an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Ich hatte das Gefühl, dass in dieser Diskussion streckenweise nicht nach dem Weg gesucht worden ist, wie wir mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam eine Politik entwickeln können, die für Kinder und Jugendliche gut ist, sondern dass es darum ging, eigene Interessen vorzutragen, die Familienpolitik zu instrumentalisieren und zu zeigen, wie gut man selbst ist. Das finde ich schade.

(Zuruf von der FDP)

Ich finde es deshalb schade, weil ich glaube, dass genau das passiert, was wir eigentlich nicht wollen: Kinder und Jugendliche, die sich diese Debatte eben angehört haben, verschrecken wir eher, als dass sie zu Mitkämpfern werden.

(Beifall von der SPD)

Ich will gleich in einigen Punkten darauf eingehen, was Herr Maelzer gesagt hat. Er hat gesagt, es brauche eine Haltung. Das ist der Punkt, der hier an unterschiedlichen Stellen unterschiedlich interpretiert wird. Und hier ist „interpretiert“ die freundliche Formulierung. Wenn ich unfreundlich wäre, würde ich sagen, dass er nicht verstanden worden ist.

Zunächst will ich noch einmal bei dem Punkt anfangen, dass die Kinder und Jugendlichen benutzt werden, um den eigenen Wert zu erhöhen. Es wird erzählt, was in den letzten sieben Jahren alles Wunderbare passiert ist, aber ein Teil der Wahrheit wird verschwiegen.

(Zurufe von der FDP)

Ich möchte bei diesem Kinder- und Jugendplan anfangen. Es war die Rüttgers-Regierung, die die finanziellen Mittel für den Kinder- und Jugendplan gesenkt hat.

(Beifall von der SPD)

Es war die rot-grüne Koalition, die gesagt hat, die finanziellen Mittel auf den ursprünglichen Stand zu bringen.

Und ja, wir begrüßen es, dass die FDP und die CDU, die regierungstragenden Fraktionen, an dieser Stelle sagen: Wir brauchen für die Kinder- und Jugendarbeit mehr Mittel.

(Zurufe von der FDP)

Da finden Sie uns an Ihrer Seite. Das hat aber mit dem Thema, das wir hier heute behandeln, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von der SPD)

Hier fiel das Wort „Haltung“. Haltung bedeutet Empathie.

(Unruhe)

Als Erstes muss ich denjenigen – ja, zuhören scheint nicht die Stärke der Politiker zu sein, die hier vor Ort sind –,

(Beifall von der SPD)

die betroffen sind, zuhören.

(Unruhe)

– Ich verschwende meine Redezeit gerne darauf, Ihren Zwiegesprächen zuzuhören. Aber das demon-

striert genau die politische Kultur, die wir Jugendlichen nicht zeigen sollten.

(Beifall von der SPD)

Und noch einmal: Wenn wir Kinder und Jugendliche beteiligen wollen, dann besteht die erste Pflicht, die wir erfüllen müssen, darin, ihnen zuzuhören. Wir müssen versuchen, uns in die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen hineinzusetzen, mit ihnen Gespräche zu führen und ihnen Handlungsspielräume zu geben. Handlungsspielräume brauchen sie, weil Kinder und Jugendliche aufgrund von Erfahrungen deutlich besser lernen, als wenn ihnen gesagt wird: Zieh mal deine Jacke an. – Wenn sie merken, dass sie frieren, dann werden sie sich auch dafür einsetzen, dass sie Jacken haben.

(Helmut Seifen [AfD]: Geht es noch schlichter?  
– Heiterkeit)

– Ich will Ihnen eines sagen, Herr Seifen: Für Sie scheint das noch nicht schlicht genug zu sein.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Entschuldigung, Frau Kollegin Voigt-Küppers, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Hafke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da kommt eh nichts bei raus!)

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Bitte.

**Marcel Hafke (FDP):** Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich habe sehr interessiert zugehört und finde es völlig richtig, wenn Sie sagen, dass Politik einen Raum geben muss, um Kindern und Jugendlichen zuzuhören und auf deren Ideen einzugehen. Dann würde mich interessieren, warum die SPD und auch Sie bislang ein Jugendparlament ablehnen.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Das kann ich Ihnen sagen. Ich habe zum Beispiel die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums gelesen. In dieser Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums steht, dass eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik alle Kinder und Jugendliche beteiligen muss, also nicht nur privilegierte Kinder und Jugendliche, die aus Ostwestfalen-Lippe oder aus dem Rheinland nach Düsseldorf fahren können oder am besten vielleicht noch von Mama und Papa mit dem SUV vorgefahren werden. Vielmehr muss es um alle Kinder in allen Lebenslagen gehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Damit haben Sie einen Punkt, auf den ich ohnehin gekommen wäre, schon vorweggenommen. In der

Tat will ich Ihnen an dieser Stelle eines sagen: Wir brauchen Formate, mit denen wir Kinder und Jugendliche zu allen Bereichen, also von der Schule bis Bauen, Wohnen und Verkehr, befragen: Wie würde eine Welt, in der ihr euch wohlfühlen würdet, aussehen? Wie könnten wir diese mit euch gemeinsam gestalten?

(Beifall von der SPD)

Und hier hat ein Vorredner durchaus recht: Die Kommunen sind ein Platz, wo das stattfinden muss. Das findet, Herr Minister, auch schon in vielen Kommunen statt, aber – und auch das steht in der Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums – sehr ungleich. Wir haben als Politiker in Nordrhein-Westfalen allerdings für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen. In diesem Sinne müssen wir noch eine ganze Menge an Instrumenten erfinden und miteinander besprechen, und deshalb schließe ich mich Ihnen an: Ja, ich freue mich auf die Auseinandersetzung im Ausschuss. Ich denke, wir werden noch viele Gespräche führen müssen, ehe wir auf dem gemeinsamen Nenner sind, dass wir mit Kinder und Jugendlichen Politik machen wollen.

Ich freue mich auf diese Diskussionen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Voigt-Küppers. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 7.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Hauptausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir den **Antrag Drucksache 17/14941 so überweisen.**

Ich rufe auf:

## **8 Schutz und Sicherheit für Menschen aus Afghanistan! – Auch nach Ende der Luftbrücke Evakuierungen fortsetzen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/14943

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Aymaz das Wort.